

The SPD logo consists of the letters "SPD" in a bold, white, sans-serif font, centered within a solid red square.

FINANZBERICHT DES SCHATZMEISTERS

2013/2014

Parteitag Berlin, 10. bis 12. Dezember 2015

**FINANZBERICHT
DES
*SCHATZMEISTERS***

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Willy-Brandt-Haus

Wilhelmstr. 141

10963 Berlin

Tel. 030 / 2 59 91-0

www.spd.de

Verantwortlich: Dietmar Nietan MdB

Erschienen: Dezember 2015

Druck: Dräger und Wullenwever

Bestell-Nr. 9410104

A large red square containing the word 'INHALT' in white, bold, sans-serif font, centered within the square.

INHALT

Vorwort 6

1. Einnahmeentwicklung 10

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen 10

1.2 Die staatliche Teilfinanzierung 11

1.3 Die Einnahmen aus Spenden 11

1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring 13

1.5 Die Einnahmen aus Vermögen 14

1.6 Parteiinterner Finanzausgleich 15

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung 16

3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände 18

4. Der Unternehmensbereich 19

4.1 Konzentration GmbH 19

4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH 20

4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH 22

5. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich 27

VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 26. Januar 2014 haben mich die Delegierten des damaligen Bundesparteitages zum Schatzmeister unserer Partei gewählt. Ich freue mich daher, meinen ersten Finanzbericht zu diesem Parteitag vorlegen zu können.

Das mir von Euch übertragene Amt empfinde ich als eine große Ehre und Verantwortung. Die Sicherung unseres Parteivermögens und damit die Bewahrung der langfristigen finanziellen Handlungsfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellen den Maßstab meiner Arbeit als Schatzmeister dar.

Wer die langfristige finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen macht, darf in seiner Ausgabenpolitik die zukünftige Entwicklung der Kostenseite genau so wenig aus dem Blick verlieren, wie mögliche Gefahren bei der Entwicklung der Einnahmen. Wenn die Mitgliederzahl weiter sinken sollte und es uns nicht gelingt – gegen den Trend sinkender Wahlbeteiligungen – wieder signifikant mehr Wählerstimmen bei Landtags- und Bundestagswahlen zu erhalten, werden wir zukünftig weniger Einnahmen haben. Wer weniger einnimmt, muss bei seinen Ausgaben sparen.

Und wenn wir von den Ausgaben reden, müssen wir auf die großen Kostenblöcke schauen: Wahlkämpfe und Personalkosten. Wir werden die Aufgabe zu meistern haben, mit weniger Mitteln bessere Wahlkämpfe machen zu müssen und mit weniger an Personal trotzdem die ehrenamtlichen Strukturen zu entlasten. Dies wird nur funktionieren, wenn wir unsere vorhandenen Ressourcen mit großem Bedacht einsetzen. Schon im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2017, aber erst recht danach müssen wir unsere Bemühungen, das WBH noch mehr als bisher zu einer Serviceeinrichtung für alle Gliederungen weiter zu entwickeln, verstärken. Es geht darum, am Ende die Dienstleistungen zu erbringen, die die Gliederungen auch wirklich brauchen.

Die Frage nach einem möglichst optimalen Einsatz der begrenzten Ressourcen erfordert darüber hinaus eine klare Prioritätensetzung und eine bessere Nutzung von Synergieeffekten: So könnten beispielsweise durch die Bündelung

von administrativen Aufgaben in regionalen Service Centern nicht nur unnötige Kosten eingespart, sondern auch aktive Mitglieder und hauptamtliche Mitarbeiter vor Ort von Verwaltungsarbeit entlastet werden.

Spätestens nach dem Bundestagswahlkampf werden die Generalsekretärin und ich gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden Gespräche führen, wie zukünftig durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand in den Bereichen Administration, Organisations- und Personalentwicklung sowie der Kampagnenfähigkeit Synergien geschaffen werden können, welche die Partei sowohl finanziell, als auch vom Arbeitsaufwand her entlasten würden. Dazu wollen wir dann gemeinsame Zielvereinbarungen erarbeiten, um verlässliche und ergebnisorientierte Arbeitsstrukturen zu schaffen.

Mit dem Parteivorsitzenden und der Generalsekretärin bin ich mir darin einig, dass wir in den nächsten Jahren auf allen Ebenen der Partei erhebliche Investitionen in den Bereichen der EDV-Ausstattung, moderner Informations- und Kommunikationsplattformen sowie eines professionellen Datenmanagements für erfolgreiche Wahl- und Kommunikationskampagnen auf den Weg bringen müssen. Nur so können wir unter den Rahmenbedingungen des „Digitalen Zeitalters“ überhaupt noch kampagnen- und kommunikationsfähig bleiben. Auch hier müssen der PV und Bezirke, bzw. Landesverbände in Zukunft nicht nur enger zusammenarbeiten, sondern auch ihre begrenzten Ressourcen gut aufeinander abgestimmt einsetzen.

Einen nicht unerheblichen Teil unseres Vermögens machen unsere Immobilien aus. Um dieses Immobilienvermögen gut zu verwalten, instand halten und nach Möglichkeit weiterentwickeln zu können, habe ich als Treuhänder den Geschäftsführer der Konzentration GmbH Anfang des vergangenen Jahres mit einer grundlegenden Restrukturierung dieses Bereichs beauftragt und die Umsetzung des bis 2018 laufenden Konzepts intensiv unterstützt. Ich freue mich, dass wir so einen drohenden Liquiditätengpass nicht nur abwenden, sondern mittlerweile die Werthaltigkeit und die Liquidität unseres Immobilienbereichs deutlich verbessern konnten. Es geht wirtschaftlich aufwärts, wir haben unsere Etappenziele sämtlich erreicht und teilweise übertroffen. Ich möchte diesen Weg weiter beschreiten.



Dietmar Nietan MdB, Schatzmeister der SPD, Foto: Susie Knoll

Die in der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg) gebündelten Beteiligungen bilden zusammen mit dem wertmäßig kleineren Immobilienbereich den Kern des heutigen Parteivermögens. Diese Beteiligungen haben viele Jahre mit ihren Ausschüttungen einen stabilen Beitrag zur Finanzierung der Partei geleistet und es darüber hinaus der ddvg ermöglicht, die Existenz parteinaher Dienstleistungsunternehmen und Kulturaktivitäten abzusichern.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass dieses heutige Vermögen der Partei auf der großen Tradition des Kampfes für Freiheit und Emanzipation beruht. Die Bewahrung und Weiterentwicklung dieses Vermögens muss dieser Entstehungsgeschichte Rechnung tragen. Es gibt eine historische Verpflichtung gegenüber den Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die mit ihrem „Arbeitergroschen“ der SPD eigene Druckereien und Zeitungen im Kampf gegen die Unterdrückung ermöglicht haben. Diese unter oft entbehrungsreichen Umständen geschaffenen Werte sind heute zum größten Teil in Form von Beteiligungen an Printmedien in der ddvg organisiert. Dieses Vermögen darf nicht kurzfristigen Finanzbegehrlichkeiten der Partei untergeordnet werden, sondern muss durch eine umsichtige Unternehmenspolitik auch zukünftig einen spürbaren Beitrag zur finanziellen Unabhängigkeit der SPD leisten!

Ich habe deshalb als Treuhänder der ddvg erstmals unseren Unternehmensbereich in umfassender Weise extern begutachten lassen, um aus den Erkenntnissen dieser Gutachten die ddvg so weiter zu entwickeln, dass sie auch weiterhin mit einem modernen und nachhaltigen Geschäftsmodell für die Zukunft gut aufgestellt ist.

Ich freue mich, dass unser Unternehmensbereich auch weiterhin mit stabilen Ergebnissen zu den Einnahmen bei der SPD beitragen konnte. Das Unternehmensergebnis der ddvg zeigt 2013 und 2014 ein stabil positives Bild, nachdem die Zahlen des Jahres 2012 insbesondere durch die Insolvenz der „Druckhaus Frankfurt a. M. GmbH (Frankfurter Rundschau)“ geprägt waren. Die ddvg hat sehr frühzeitig dafür geworben, sich auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns rechtzeitig vorzubereiten und hat sich gemeinsam mit ihren Beteiligungsverlagen zügig – an die Umsetzung dieses komplexen Themas begeben.

In der Neuen Westfälischen, der einzigen Mehrheitsbeteiligung der ddvg an einer Regionalzeitung, wurden in drei neu gegründeten Zustellgesellschaften die Voraussetzungen geschaffen, um bereits seit dem 1. Januar 2015 – ohne Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung des Mindestlohngesetzes – einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 EUR zuzüglich Nachtzuschlägen zu zahlen.

Von den dramatischen Rückgängen auf dem Anzeigenmarkt sind auch der vorwärts und die DEMO nicht verschont geblieben. Um beide Zeitungen trotzdem langfristig absichern zu können, habe ich mich hier zu grundlegenden Restrukturierungsmaßnahmen entschlossen: Defizitäre Projekte in der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft wurden beendet oder kostendeckend umgestaltet. Die DEMO wird nun kostengünstiger im Zeitungsformat produziert. Mit der Konzentration auf sechs Printausgaben im Jahr konnten wir ohne Kostenausweitung den Ausbau von vorwärts.de als moderner Debattenplattform im Internet voran bringen. Neben vorwärts Print mit der DEMO und vorwärts online, bildet unsere Agentur Network Media (NWMD) in neuen attraktiven Räumlichkeiten die zweite Säule des neuen Strukturierungskonzeptes.

Ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, die Berliner Sparkasse als neue „Hausbank“ des SPD Parteivorstandes gewinnen zu können. Die Zusammenarbeit mit der Berliner Sparkasse bezieht auch ddvg, VBB und die Konzentration mit ein, sodass wir die Voraussetzungen für ein gemeinsames „Liquiditätsmonitoring“ des PV und seiner Unternehmen geschaffen haben. So können wir jetzt alle eine kostenschonende Finanzplanung angehen, die dann auch in ein gemeinsames Liquiditätsmanagement münden soll. Darüber hinaus sehen wir unsere Zusammenarbeit mit der Berliner Sparkasse auch noch einmal als ein politisches Zeichen der Sozialdemokratie für den Sparkassen Sektor.

Immer wieder wird auch die Frage der Transparenz der Parteienfinanzierung zu einem öffentlichen Thema. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind hier für alle konstruktiven Vorschläge, welche die jetzt schon hohe Transparenz weiter verbessern, sehr offen. Allerdings müssen sie Rechtsicherheit bieten, zweifelsfrei handhabbar und kontrollierbar sein, und sie dürfen die Arbeit unserer ca. 10.000 ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierer nicht zusätzlich belasten. So kann ich mir durchaus vorstellen, die Grenze für die unverzügliche Veröffentlichung von Spenden von 50.000 auf 25.000 EUR herabzusetzen. Auch die namentliche Veröffentlichung von Spendern im Rechenschaftsbericht ab 5.000 EUR (jetzt 10.000 EUR) kann ich mir gut vorstellen.

Auch über die Sponsoring Einnahmen der Parteien wird viel spekuliert. Allerdings sind zumindest in der SPD diese Einnahmen übersichtlich: Selbst in Jahren mit einem mehrtägigen Parteitag machen beim Parteivorsand die Einnahmen aus Sponsoring weniger als 1 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Um jedoch dem Verdacht zu begegnen, mit Sponsoring würde die Veröffentlichungspflicht bei Spenden umgangen, befürworte ich Änderungen im Parteiengesetz, welche die gesonderte Ausweisung von Einnahmen aus Sponsoring im Rechenschaftsbericht vorsehen.

Das Jahr 2013 war geprägt von der Bundestagswahl und unserem Mitgliedervotum. Wir konnten mit dem Mitgliedervotum die Partei sehr stark mobilisieren, die große Beteiligung und Zustimmung von fast 76 Prozent in die große Koalition zu gehen, hat uns bestärkt. Natürlich sind dabei auch hohe Kosten entstanden. Die Kosten wurden von der SchatzmeisterInnen- und KassiererInnen-Konferenz sowie der Kontrollkommission geprüft. Die Mittelverwendung wurde nicht beanstandet. Ihr findet dazu eine detaillierte Übersicht in diesem Finanzbericht.

Abschließend möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus, die mich bei meiner Arbeit als Schatzmeister unterstützt haben, herzlich bedanken. Ebenso danke ich der SchatzmeisterInnen- und KassiererInnen-Konferenz sowie der Kontrollkommission für die kritisch-konstruktive, stets kollegiale Zusammenarbeit.

Ein ganz großes Dankeschön möchte ich aber allen ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre so unschätzbar wichtige Arbeit vor Ort sagen!

Euer

Dietmar Nietan



Martin Schulz und Dietmar Nietan auf dem Bundesparteitag am 26. Januar 2014 in Berlin. Foto: privat.



Mitarbeiterfest 2014 im WBH, Foto: privat



Yasmin Fahimi und Dietmar Nietan auf dem Parteitag am 26. Januar 2014 in Berlin Foto: privat

1. EINNAHME-ENTWICKLUNG

1.1 DIE EINNAHMEN AUS BEITRÄGEN

Auch in den Jahren 2013 und 2014 stellen die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge mit etwa 44,5 Prozent (2013) bzw. 46 Prozent (2014) der Gesamteinnahmen die wichtigste Einnahmequelle der SPD dar.

In absoluten Zahlen bedeutet dies Beitragseinnahmen von 73,18 Mio. EUR für 2013 und 74,45 Mio. EUR für 2014. Diese verteilen sich wie folgt:

(in EUR)	2013	2014
Mitgliedsbeiträge	49,56 Mio.	49,99 Mio.
Mandatsträgerbeiträge	23,62 Mio.	24,46 Mio.

Seit dem Jahr 1990 haben wir mehr als die Hälfte der Mitglieder verloren. Waren damals noch 943.402 Personen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, waren es Ende 2013 473.662 Personen und Ende des Jahres 2014 noch 459.902 Personen, von 2013 auf 2014 ist dies ein Rückgang um 2,9 Prozent.

Sie zahlten im Durchschnitt einen Beitrag von 8,72 EUR (2013) bzw. 9,06 EUR (2014).

Trotz sinkender Mitgliederzahlen konnten wir die Beitragseinnahmen sogar leicht erhöhen: Von 47,48 Mio. EUR (2011) bzw. 49,08 Mio. EUR (2012) auf 49,56 Mio. EUR (2013) bzw. 49,99 Mio. EUR (2014).

Wie auch in den Vorjahren liegt der Grund für die Mehreinnahmen unter anderem an der jährlich stattfindenden Beitragsanpassung, gemäß § 1 Absatz 7 der Finanzordnung. Diese orientiert sich an der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens, ermittelt durch das Bundesamt für Statistik. Von der Anpassung ausgenommen sind Beiträge von Mitgliedern ohne oder mit geringfügigem

gem Einkommen, die 2,50 EUR pro Monat zahlen. Die Erhöhungen betragen im Jahr 2013 2,5 Prozent bzw. 2,1 Prozent in 2014. Der Großteil der Mitglieder hat diese Erhöhungen akzeptiert, nur wenige legten Widerspruch ein.

Angesichts der demographischen Struktur der Mitgliedschaft der SPD ist allerdings absehbar, dass langfristig unsere Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sinken werden, wenn wir nicht auf allen Ebenen unsere Bemühungen um Beitragsehrlichkeit und Mitgliederwerbung verstärken.

85 Cent pro Beitragseuro verbleiben, nach Abzug der Anteile für die Strukturhilfe, den Innovationsfonds und den Anteil für den „vorwärts“ bei den Landesverbänden und Bezirken, sowie den nachgeordneten Gliederungen, für die die kontinuierliche Anpassung der Beiträge für die Finanzierung der Politik vor Ort von großer Wichtigkeit ist. Der Parteivorstand erhält die restlichen 15 Cent.

Einen weiteren wichtigen Finanzierungsbeitrag zu unserer politischen Arbeit, insbesondere vor Ort, leisteten mit 23,62 Mio. EUR in 2013 und 24,46 Mio. EUR in 2014 unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Das waren 14,35 Prozent (2013) bzw. 15,1 Prozent (2014) der Gesamteinnahmen.

Dass manche Gliederungen zulassen, dass Mandatsträger keine oder nur sehr geringe Mandatsträgerabgaben abführen, widerspricht dem sozialdemokratischen Gedanken der Solidarität. Gerade hier haben Mandatsträger eine besondere Vorbildfunktion.

1.2 DIE STAATLICHE TEILFINANZIERUNG

Für die staatliche Parteienfinanzierung müssen folgende Parameter beachtet werden:

- Anzahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (maximal 3.300 EUR je Person): hierzu zählen die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge, sowie die Spenden.

Sowohl die Wählerstimmen, als auch die Beiträge und Spenden können als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung angesehen werden. Der Anteil an den staatlichen Mitteln erhöht sich, je stärker also eine Partei von Mitgliedern, Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien betrug seit 2002 unverändert 133,0 Mio. EUR, er erhöhte sich erst mit der Novellierung des Parteiengesetzes am 23. August 2011. Seit dem Jahr 2013 erhöht sich der Gesamtbetrag jährlich entsprechend des Preisindizes' der für eine Partei typischen Ausgaben. Die Ermittlung erfolgt durch das Statistische Bundesamt. Der Anspruchsbetrag für alle Parteien belief sich im Jahr 2013 auf 153,47 Mio. EUR, der Anteil der SPD lag hier bei 47,90 Mio. EUR. Im Jahr 2014 betrug die absolute Obergrenze 156,74 Mio. EUR, die SPD erhielt hier von 48,65 Mio. EUR.

Damit entsprachen die Staatlichen Mittel einem Anteil von ca. 29 Prozent im Jahr 2013 und ca. 30 Prozent im Jahr 2014 an den Gesamteinnahmen der SPD. Die Landesverbände und Bezirke erhalten im Rahmen des Parteiinternen Finanzausgleiches ein Drittel der für die SPD festgesetzten Mittel zzgl. eines Zuschusses für die Spendenerfassung in Höhe von 80.000 EUR (siehe 1.6).

1.3 DIE EINNAHMEN AUS SPENDEN

Bundestagswahlen spielen auf allen Ebenen der Partei auch für die Spendenwerbung eine wichtige Rolle. Dies wurde auch im Jahr 2013 wieder deutlich. Die Gesamtpartei konnte die Einnahmen aus Spenden gegenüber dem Vorjahr deutlich steigern: Insgesamt wurden Spenden in Höhe von 14,96 Mio. EUR eingenommen. Und traditionell stammt der Großteil von Menschen, die uns mit kleineren und kleinsten Spenden unterstützt haben. Der Anteil der Unternehmensspenden lag lediglich bei 2,9 Million EUR. Der Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen betrug im Jahr 2013 damit 9,1 Prozent gegenüber 6,94 Prozent im Vorjahr.

Erfreulich ist, dass dieses Niveau der Spendeneinnahmen im Folgejahr insgesamt gehalten, bei den Spenden von natürlichen Personen, sogar leicht verbessert werden konnte: So liegen die Spendeneinnahmen 2014 nach vorläufigen Zahlen bei insgesamt 15,1 Mio. EUR und damit bei 9,34 Prozent der Gesamteinnahmen.

Drei Konstanten bleiben unverändert: Nach wie vor stammt der Großteil der Spenden an die SPD von den Genossinnen und Genossen, die ihre Partei zusätzlich zu ihren Beitragszahlungen unterstützen. Spenden aus der Wirtschaft spielen also weiterhin eine untergeordnete Rolle für unsere Partei. Dies ist, ebenfalls unverändert, bei den sog. bürgerlichen Parteien anders: Insgesamt erzielen sie höhere Spendeneinnahmen und besonders höhere Spendeneinnahmen aus der Wirtschaft. Und damit bleibt es auch dabei, dass der Vorwurf, die Parteien machten sich abhängig von Spenden aus der Wirtschaft, auf die SPD jedenfalls nicht zutrifft.

Im Klartext: Seit 1998 haben die Unionsparteien insgesamt mehr als eine halbe Milliarde EUR an Spenden eingenommen. Verglichen mit den Spendeneinnahmen der SPD in diesem Zeitraum bedeutet dies einen durchschnittlich jährlichen Vorteil von deutlich über 20 Mio. EUR für CDU und CSU.

Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2013

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	CDU/CSU	B90/ Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	23.080	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	27.689	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73
2012	10.507	6,94	18.200	13,28	5.666	16,36	23.866	3.929	10,24	5.864	17,20	1.924	6,47
2013	14.960	9,10	30.805	20,29	14.639	30,74	45.444	4.980	12,41	10.902	32,71	2.571	9,32
1998– 2013	222.066		424.838		157.348		582.185	71.016		151.089		41.384	

Angaben in Tsd. Euro (gerundet) | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

Anteil der Spenden jur. Personen an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2013

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	B90/ Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10
2012	1.951	1,29	6.050	4,41	2.601	6,82	520	1,36	1.636	4,80	34	0,12
2013	2.905	1,77	10.744	7,11	6.080	12,77	697	1,74	3.699	11,10	85	0,31
1998– 2013	42.909		136.316		60.309		8.608		39.897		877	
Σ		1,66		5,92		9,36		1,86		8,01		0,23

Angaben in Tsd. Euro (gerundet) | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

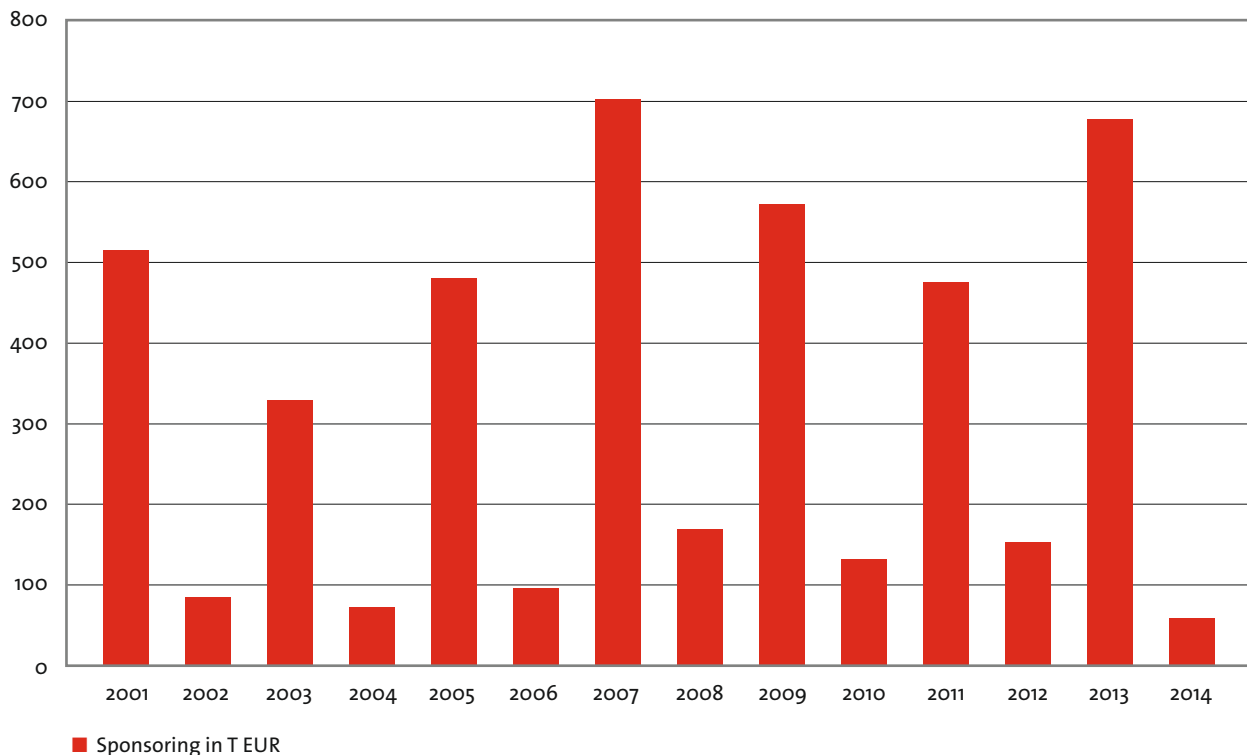
1.4 DIE EINNAHMEN AUS SPONSORING

Die Einnahmeentwicklung aus Sponsoring im Berichtszeitraum zeigt eindrücklich, wie stark die Einnahmen von den Veranstaltungsformaten abhängen. 2013 fanden zwei Bundesparteitage statt: der a.o. Bundesparteitag in Augsburg und der ordentliche Bundesparteitag in Leipzig. Zudem wurden im Rahmen des Parteijubiläums „150 Jahre SPD“ mit dem Festakt in Leipzig und dem „Deutschlandfest“ in Berlin weitere Großveranstaltungen organisiert. Diese Ereignisse mit breiter (Medien-) Öffentlichkeit boten den Ausstellern und Sponsoren einen attraktiven Rahmen zur Präsentation. Die Einnahmen reichten trotzdem bei weitem nicht, um diese Veranstaltungen zu finanzieren. Sie bereichern jedoch unsere Veranstaltungen in dem Sinne,

dass sie den Dialog zwischen Politik und Wirtschaft (unter den Blicken von hunderten von Journalisten!) fördern. Wir bieten im Rahmen der Großveranstaltungen aber auch nichtkommerziellen Ausstellern, wie parteinahen Organisationen, gemeinnützigen Vereinen, Fraktionen oder Stiftungen die Möglichkeit der Präsentation und des Austauschs mit Delegierten und Gästen. Im Gegensatz zu Unternehmen und Wirtschaftsverbänden zahlen sie jedoch keine Ausstellermiete.

2014 boten der a.o. Bundesparteitag in Berlin zu Beginn des Jahres (mit geringer Ausstellerfläche), der traditionelle Filmabend anlässlich der Berlinale im Willy-Brandt-Haus und der Wirtschaftsempfang mit der Verleihung des Innovationspreises in Berlin die Möglichkeit eines werbewirksamen

Einnahmen des Parteivorstandes aus Sponsoring und Vermietung von Standflächen in T Euro





SPD-Filmabend 2015, Hannelore Kraft und Dietmar Nietan mit Filmteam und französischen Gästen. Foto: photothek

men Auftritts für Sponsoren. Bei den Arbeitsgemeinschaften waren im Berichtsraum hauptsächlich die Jusos mit ihren Bundeskonferenzen als Zielgruppe für Sponsorenaktivitäten von Interesse.

Die Einnahmen aus Sponsoring sind im Rechenschaftsbericht eingeflossen unter der Position „Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeiten“. Dem Vorwurf, dass Parteien ihre Sponsoringeinnahmen in der Position verschleiern, treten wir entgegen.

Die fortgesetzte Veröffentlichung der Sponsoringeinnahmen im Finanzbericht (Abb S. 13) soll zur Transparenz beitragen und sie in einer realistischen Relation zu den übrigen Einnahmen setzen.

Um eine gesonderte Einnahmeposition im Rechenschaftsbericht der Parteien zu verankern, müsste das Parteiengesetz geändert werden. Dafür fehlt es leider im 18. Deutschen Bundestag an einer fraktionsübergreifenden Mehrheit.

1.5 DIE EINNAHMEN AUS VERMÖGEN

Einnahmen aus Vermögen erzielt die Partei insbesondere aus der jährlichen Ausschüttung der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg).

Im Vergleich zu der Ausschüttung in der vorangegangenen Berichtsperiode (2011/2012 9,7 Mio. EUR) wurden in den Jahren 2013/2014 noch rund 8,7 Mio. EUR ausgeschüttet (alle Angaben jeweils vor Steuern).

Knapp die Hälfte diente wieder der Reduzierung der Finanzierungsraten für das Willy-Brandt-Haus, der verbleibende Betrag der Tilgung der auf die Bruttoausschüttung entfallenen Steuer und der Parteiarbeit.

1.6 PARTEIINTERNER FINANZAUSGLEICH

Den Parteiinternen Finanzausgleich zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden/Bezirken gibt es seit 1994, dem Jahr der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse.

Als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel dienen neben den erzielten Wählerstimmen auch die Zuwendungen. Die Einbeziehung der Zuwendungen führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle zur Verteilung der staatlichen Mittel entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 31 Prozent für die Landesverbände und 69 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln wird über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände weitergegeben.

Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln. Dem steht die Beitragsverteilung von 85 Prozent zu 15 Prozent zugunsten der Gliederungen gegenüber.

Verteilung aus staatlichen Mitteln in Tausend EUR

	1991 – 1993		1994 – 2001		2002 – 2010		2011 – 2012		2013 – 2014		Veränderung ggü. 1991 – 1993	
	Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr			
	T EUR	%	T EUR	%	T EUR	%	T EUR	%	T EUR	%	T EUR	%
Landesverbände												
von den Landtagen	13.302		7.403		5.450		5.008		5.407			
aus Finanzausgleich	0		8.141		8.923		9.738		9.765			
LV-Gesamt	13.302	30	15.544	33	14.373	34	14.746	33	15.172	34	1.444	10,9
Parteivorstand	30.996	70	31.541	67	28.459	66	30.233	67	33.101	69	-763	-2,5
SPD-Gesamt	44.298	100	47.085	100	42.832	100	44.979	100	48.273	100	681	1,5

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. € (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. € (= 245 Mio. DM), von 2002 bis 2010 auf 133 Mio. €; 2011, 141,9 Mio. EUR; 2012, 150,8 Mio. EUR; 2013, 154,1 Mio. EUR; 2014, 156,7 Mio. EUR.

2. MITTELBEWIRTSCHAFTUNG UND HAUSHALTSENTWICKLUNG

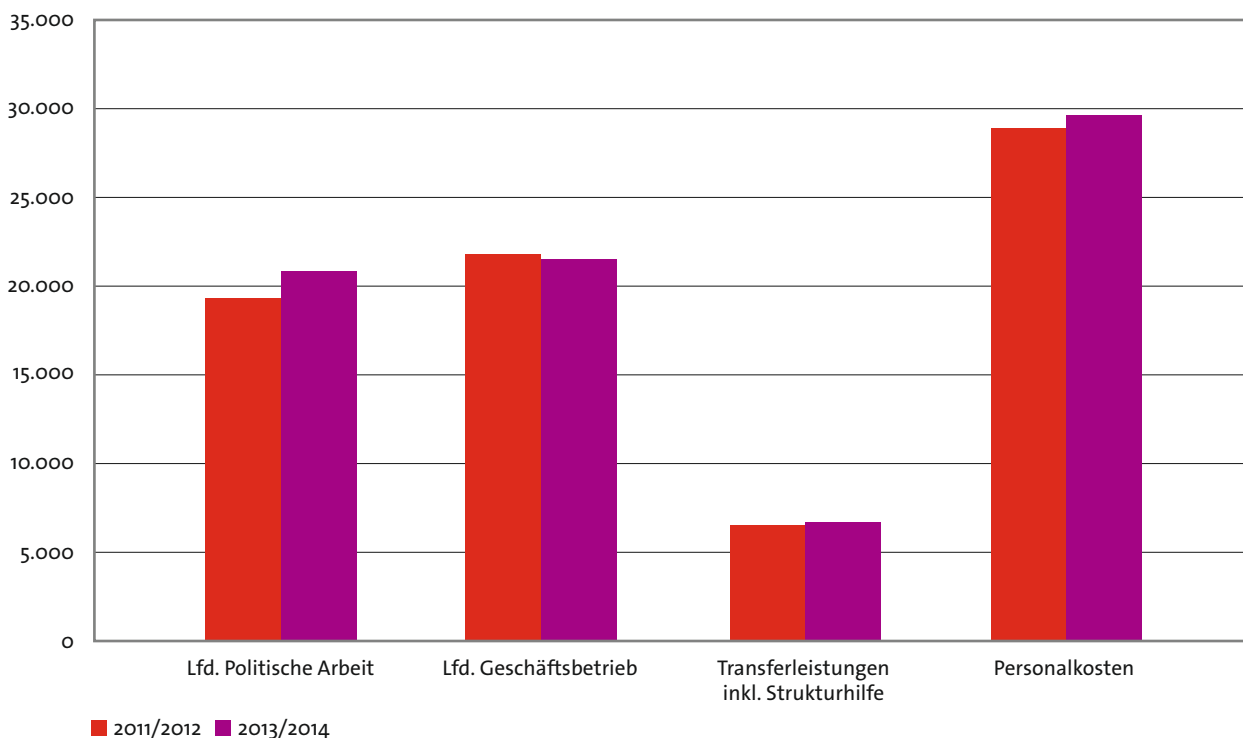
Die Haushaltsjahre 2013 und 2014 standen unter dem Zeichen von besonderen Herausforderungen. Gemeint sind hier natürlich die Aufstellung und Bewirtschaftung des Bundestags- und Europawahlkampfes, aber auch die Finanzierung eines angemessenen 150-Jahre-Jubiläums.

Die wichtigsten Einnahmen sind neben den Spenden nach wie vor die Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstandes an den Staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 18,2 Prozent (2011/2012: 20,1 Prozent) während der Anteil der Staatlichen Mittel 56,9 Prozent betrug (2011/2012: 64,1 Prozent). Insgesamt sind die Einnahmen weiterhin rückläufig.

Der Aufwand für politische Arbeit inklusive Öffentlichkeitsarbeit entsprach einem Anteil von 26,5 Prozent gegenüber 2011/2012 einem Anteil von 25,3 Prozent.

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV entsprachen 2011/2012 einem Anteil von 28,5 Prozent und im Berichtszeitraum 27,3 Prozent. Die Entwicklung der der Kosten für die EDV ist weiterhin positiv. Die Transferleistungen inkl. Strukturhilfe sind im Berichtszeitraum 2013/2014 gegenüber 2011/2012 annähernd gleich geblieben. Der Anteil an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 8,3 Prozent (2011/2012: 8,4 Prozent). Zusätzlich erhielten die Landesverbände und Bezirke im Rahmen des Bundestags-Wahlkampfes ca. 2,1 Mio. EUR und im Rahmen des Europa-Wahlkampfes ca. 1,5 Mio. EUR. Der Anteil der Personalkosten sank leicht von 37,8 Prozent in 2011/2012 auf 37,7 Prozent.

Ausgaben im Vergleich in Tausend EUR



Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Trotz der Novellierung des Parteiengesetzes ist in Zukunft nur bedingt mit höheren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein vernünftiges Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Wahlkampfzentrale für den Bundestags- und Europawahlkampf befand sich 2013 und 2014 im Willy-Brandt-Haus. Für beide Wahlkämpfe wurden insgesamt ca. 29,3 Mio. Euro aufgewandt. Dies entsprach dem vorgegebenen Budget. Für das 150 Jahre Jubiläum im Jahr 2013 wurden insgesamt 5,3 Mio. Euro aufgewendet. Einen Großteil der Kosten verursachten hier das Deutschlandfest am Brandenburger Tor in Berlin und der Festakt in Leipzig.

Ein großer Erfolg war auch das Mitgliedervotum im Dezember 2013. Hierfür musste ein Nachtragshaushalt durch den Parteivorstand beschlossen werden. Die Gesamtkosten beliefen sich auf ca. 1,9 Mio. Euro, wobei zwei Drittel durch den Parteivorstand und ein Drittel durch die Landesverbände und Bezirke getragen wurde. Sowohl die Schatzmeister- und Kassiererkonferenz, als auch die Kontrollkommission stellten fest, dass die Mittelbewirtschaftung, sowie die Art und Weise der Kostenteilung nachvollziehbar und gerechtfertigt waren.

Die Kosten verteilten sich wie folgt:

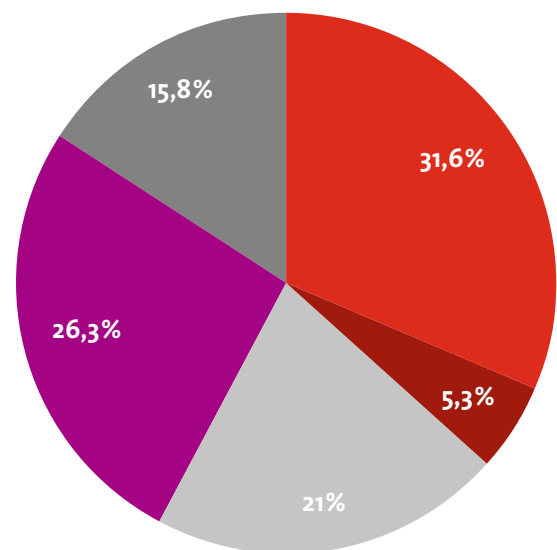
Produktion und Verarbeitung der Abstimmungsunterlagen ca. 0,6 Mio. EUR, der Sondervorwärts mit dem abgedruckten Koalitionsvertrag ca. 0,4 Mio. EUR, Mediakosten ca. 0,5 Mio. EUR, Auftakt + Regionalkonferenzen 0,1 Mio. EUR, Auszahlung + MPZK + Notar 0,3 Mio EUR.

Neben der unterjährig regelmäßigen Prüfung der Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes durch die Kontrollkommission wurde die Haushaltsführung für die Jahre 2013 und 2014 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen.



Mitgliedervotum Dezember 2013 in Berlin. Foto: Photothek

Kosten Mitgliedervotum



- Produktion und Verarbeitung Abstimmungsunterlagen (0,6 Mio. EUR)
 - Auftakt, Regionalkonferenzen, Broschüre (0,1 Mio. EUR)
 - Sondervorwärts inkl. Koalitionsvertrag (0,4 Mio. EUR)
 - Mediakosten (0,5 Mio. EUR)
 - Auszahlung Mitgliedervotum, Notarkosten (0,3 Mio. EUR)
- Gesamtkosten 1,9 Mio. EUR**

3. STRUKTURHILFEN FÜR DIE OSTDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDE

Der 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossene, vom Mitgliedsbeitrag einbehaltene Anteil für die Strukturhilfe, liegt seit Jahren konstant bei 0,26 EUR je Monatsbeitrag.

Insgesamt erhielten die ostdeutschen Landesverbände in den Jahren 2013 und 2014 hieraus zusammen 2,9 Mio. EUR. Darüber hinaus hat der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt eine ergänzende Strukturhilfe in Höhe von insgesamt 1,13 Mio. EUR geleistet, wobei auf das Jahr 2013 600 TEUR und 525 TEUR auf 2014 entfallen.

Im Jahr 2013 macht das einen Gesamtbetrag von 2,05 Mio. EUR und im Jahr 2014 von 1,95 Mio. EUR aus.

Auch in den kommenden Jahren wird eine solche solidarische Strukturhilfe notwendig sein, um eine handlungsfähige Parteiorganisation in den ostdeutschen Landesverbänden weiter zu ermöglichen.



SPD-Haus in Leipzig, Foto: Konzentration GmbH

4. DER UNTERNEHMENSBEREICH

4.1 KONZENTRATION GMBH

Die Konzentration GmbH verwaltet neben eigenen Immobilien treuhänderisch das Immobilienvermögen der Partei. Sie nimmt dabei die Eigentumsrechte des Parteivorstands entsprechend der Finanzordnung wahr und unterstützt Parteigliederungen vor Ort auf Wunsch mit weiteren Dienstleistungen – angefangen bei der Rechtsberatung, dem Umgang mit Behörden, Miteigentümern usw. über die Steuerung von Umbau- und Sanierungsprojekten bis zur Vollverwaltung der Objekte.

Daneben wurde in den vergangenen 20 Jahren die Restitution enteigneten Parteivermögens in den neuen Bundesländern betrieben. Es konnte ein Immobilienportfolio gesichert werden, das mit erheblichem finanziellem Aufwand saniert wurde.

Das Ende der Restitution bedeutet für die Konzentration GmbH einen tiefen Einschnitt: in organisatorischer wie auch in finanzieller Hinsicht. Die mit der Restitution verbundenen erheblichen finanziellen Zuflüsse (z.B. aus Kaufpreisauskehrungen) stehen fortan nicht mehr zur Verfügung und das Tätigkeitsprofil des Unternehmens ändert sich: weg von großen Instandsetzungsprojekten zur laufenden Verwaltung und Entwicklung des vorhandenen Portfolios.

Der Schatzmeister hat daher ein mittelfristiges und durchgerechnetes Konzept für die weitere Entwicklung des Immobilienportfolios beauftragt, das einvernehmlich mit der Geschäftsführung der Konzentration GmbH im Sommer 2014 verabschiedet werden konnte. Es sieht bis Ende 2018 eine weitreichende Neustrukturierung der Finanzierung des Vermögens, eine deutliche Reduzierung der Verschuldensquoten (i.e. Anteil der Bankverbindlichkeiten am Wert des Portfolios), einen teilweisen Umbau dieses Portfolios und selektive Zukäufe vor.

Daneben hat der Parteivorstand mit einem anteiligen Verzicht auf eigene Darlehen dazu beigetragen, die Bilanzqualität seines Treuhandvermögens kurzfristig zu verbessern, so dass die Neuausrichtung in Kooperation mit den kreditgebenden Banken Schritt für Schritt umgesetzt werden kann.

Bis Ende 2015 werden voraussichtlich Kreditvolumina von grob 10,2 Mio. EUR gegenüber Kreditinstituten neu verhandelt und strukturiert sein, insgesamt 10 Objekte veräußert (größtenteils unsanierte Restitutionsobjekte) und 7 Objekte erworben, die allesamt einen positiven Liquiditätseffekt bei überschaubarem Investitionsaufwand aufweisen. Damit kann das Portfolio stabilisiert werden und wird gegenüber zukünftig möglichen Zinssteigerungen nachhaltig „wetterfest“.

Nach dem Restrukturierungsplan werden von 2016 bis 2018 weitere 7 Mio. EUR neu strukturiert, wobei nach den Vorgaben des Schatzmeisters die weitere Schuldentilgung



Einweihung der Gedenktafel am „Hofjäger“ in Halle im September 2014. Foto: privat

Vorrang vor Investitionen haben wird. Die Konzentration GmbH wird bei Investitionen in neue Objekte sehr selektiv vorgehen und die derzeit teilweise absurden Preisvorstellungen von Verkäufern in begehrten Lagen nicht bedienen. Ein besonderes Projekt stellt der beabsichtigte Neubau eines Herbert-Wehner-Hauses in Dresden dar. Unweit des Landtags, am Rande der Dresdner Altstadt, konnte im August dieses Jahres ein Grundstück erworben werden, das die Konzentration GmbH nach den derzeit vorliegenden Plänen mit einem multifunktionalen Gebäude (Büro, Tagung, Wohnen) bebauen wird. Die Arbeiterwohlfahrt Sachsen und das Herbert Wehner Bildungswerk haben bereits Absichtserklärungen unterzeichnet, um Flächen in diesem Gebäude zu erwerben. Baubeginn wird voraussichtlich im Mai 2016 sein. Die sächsische SPD wird das Haus als neues Parteihaus nutzen.

Mit dem Bau in Dresden verfolgen wir weiterhin die Strategie, das Immobilienportfolio nicht nur nach ökonomischen, sondern auch nach organisationspolitischen Erfordernissen umzubauen: Immobilieneigentum in den Landes-Hauptstädten und in wichtigen Ober- und Mittelzentren stützt die Organisation und stellt eine wichtige Säule der kontinuierlichen politischen Arbeit dar.

Wir ermutigen und unterstützen daher Gliederungen vor Ort, Immobilien-Eigentum zu erwerben, nachhaltig zu finanzieren und zu pflegen. Dazu steht auf Seiten der Konzentration GmbH ein internes wie externes Netzwerk von Spezialisten zur Verfügung, egal ob es um die Marktevaluation, Machbarkeit, Finanzierung, Umbau, Sanierung, Vermietung oder Verwaltung geht.

Wir sehen uns hier auch weiterhin in allen Fragen des Immobilienbereichs als einen Dienstleister für die Partei und ihre Gliederungen.

4.2 VERWALTUNGSGESELLSCHAFT BÜROHAUS BERLIN MBH

Im Mai 2016 wird das Willy-Brandt-Haus den 20. Geburtstag als Parteizentrale der SPD feiern.

Seit dem Einzug im Sommer 1999 wird das Haus intensiv von der Partei (und anderen Mietern) genutzt. Das Gebäude – mit der auf dem Dach wehenden Fahne – wurde in kurzer Zeit als Zentrale der SPD bekannt und konnte sich als Tagungs- und Veranstaltungsort gut am Markt etablieren. Davon zeugen die hohen Besucherzahlen der Ausstellungen genauso wie das Interesse von Externen, Veranstaltungen im Hause zu realisieren.

Das Willy-Brandt-Haus war von Anfang an als „offenes“ Haus konzipiert, und zwar nicht nur in baulicher Hinsicht, sondern auch als ein Gebäude, das über die Partei hinaus wirkt. Es sollte ein Ort politischer, kultureller und gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung werden. Die-



Dietmar Nietan im Gespräch mit dem Botschafter der Republik Polen, S.E. Jerzy Margański und Sigi Ehrmann MdB, SPD-Filmabend 2014 im WBH. Foto: privat



Verleihung des 3. Internationalen Willy-Brandt-Preises an Aung San Suu Kyi, Berlin 2014. Foto: privat

se Hoffnung hat sich erfüllt. Auch dank des Einsatzes des „Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V.“, der mit zahlreichen Ausstellungen und Veranstaltungen einen unverzichtbaren Beitrag für ein lebendiges und offenes Haus leistet.

Der laufende Betrieb des Willy-Brandt-Hauses obliegt der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH, die als parteieigenes Unternehmen treuhänderisch die Eigentumsrechte des Parteivorstands wahrnimmt und die Liegenschaftsverwaltung sowie den anspruchsvollen Betrieb – vom Handy-Management des Parteivorstands bis zum fernsehgerechten Flächenmanagement – übernommen hat.

Auch im 20. Jahr seines Bestehens verfügt das Haus über einen überdurchschnittlichen guten Erhaltungszustand, wenn auch nicht zu übersehen ist, dass der finanzielle Aufwand zur Aufrechterhaltung des erreichten Niveaus wächst: So war im Sommer 2015 der (Teil-)Austausch des Dachs und die Einbringung einer neuen Ersatz-Stromversorgung erforderlich.

Seit 1999 werden die aus der Bauphase stammenden Bankverbindlichkeiten Zug um Zug abgetragen. Das Haus ist konventionell mit mehreren Hypothekendarlehen finanziert worden. Die Zinsentwicklung der letzten Jahre hat dazu beigetragen, die Höhe der Hypothekenzinsen deutlich zu reduzieren und dadurch zusätzliche Investitio-

nen leisten zu können, nicht nur für die Instandhaltung, sondern auch für die zeitgemäße technische Ausstattung, inklusive Kommunikationsmöglichkeiten.

Insbesondere die laufenden Ausschüttungen der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg) haben dazu beigetragen, dass die Verbindlichkeiten weiter planmäßig reduziert werden konnten. Die Gesamtverbindlichkeiten (gegenüber Banken zzgl. sonstiger Verbindlichkeiten) beliefen sich zum Jahresende 2014 noch auf ca. 22,7 Mio. EUR. Dabei betrug die durchschnittliche Zinsbindung 8,2 Jahre, so dass hier eine hohe finanzielle Planungssicherheit für die Partei besteht.

Gleichwohl wird das Haus auch in den kommenden Jahren auf die Ausschüttungen der ddvg angewiesen sein, um die Verbindlichkeiten weiter zu reduzieren. Der laufende Unterhalt des Hauses wird aus einem Nutzungsentgelt des Parteivorstands, Mieteinnahmen von Drittmietern und Einnahmen aus dem Konferenz- und Tagungsgeschäft finanziert.

4.3 DEUTSCHE DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

Mehr Engagement in der digitalen Welt

Die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbh (ddvg) hat in den vergangenen zwei Jahren ihr Engagement in digitalen Geschäftsmodellen forciert und die dahinter liegende Strategie stärker konturiert. Die ddvg geht diese Schritte mit dem gebotenen Augenmaß, um das mit den Investitionen verbundene Risiko zu begrenzen.

Die digitalen Geschäftsfelder, auf denen die ddvg aktiv wird, müssen jeweils „zur ddvg“ passen, d.h. sie müssen nicht nur eine ökonomische Perspektive bieten, sondern auch dem Ziel der Meinungsvielfalt und/oder fortschrittlichen gesellschaftspolitischen Zielen dienen. Hierbei konzentriert sich die ddvg im Wesentlichen auf zwei Themenfelder:

- neue digitale Geschäftsaktivitäten im Themenfeld „Nachhaltigkeit“ (über die **Green Lifestyle GmbH**) und
- lokale und regionale Bedürfnisse, die traditionell von Zeitungen bedient wurden und heute mit neuen digitalen Angeboten beantwortet werden (über die **2 Welten Investment GmbH**).

Die GLG Green Lifestyle GmbH

Mit ihrer Beteiligung am ÖKO-Test Magazin verfügt die ddvg schon seit langem über eine starke und glaubwürdige Marke im Themenfeld der Nachhaltigkeit. Bei ÖKO-Test ist darüber hinaus ein profundes Wissen über Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Biothemen in Deutschland vorhanden. Nicht zuletzt kann die ddvg auf die mit ÖKO-Test gewonnenen Erfahrungen im nachhaltigen Marktsegment zurückgreifen. Diese Marktkenntnisse liefern den Befund, dass der bewusste, nachhaltige Konsum in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und weiter wächst. Der Nachhaltigkeitssektor passt gesellschaftspolitisch zum Profil der ddvg; er bietet auch hervorragende Wachstumschancen.

Die ddvg hat Anfang 2014 die Mehrheit und Mitte 2015 100 Prozent der Anteile an der Plattform Utopia GmbH erworben.

Die Utopia GmbH (utopia.de) ist die größte Verbraucherberatungs-Plattform für nachhaltigen Konsum in Deutschland. Gemeinsam mit dem 2013 erworbenen reichweitenstärksten Marktplatz für nachhaltige Produkte in Deutschland, avocadostore.de, erreichen die Beteiligungen, die in der Green Lifestyle Group zusammengefasst sind, zusammengekommen monatlich 2,5 Mio. Menschen. Damit ist die Green Lifestyle Group schon heute die größte deutsche Mediengruppe für nachhaltigen Lebensstil. Der Schwerpunkt der Gruppe liegt auf einer nutzwertorientierten Kaufberatung. In Deutschland ist diese Positionierung der Green Lifestyle Group einzigartig und nicht ohne weiteres kopierbar: Dies hat seine Ursache vor allem darin, dass die Beteiligungen der Green Lifestyle Group über Jahre eine kaum einholbare Reputation als glaubwürdige Konsumentenberater bzw. als vertrauenswürdiger Marktplatz aufgebaut haben.

Die Green Lifestyle Group verfolgt das Ziel, der mit Abstand wichtigste Medienpartner für diejenigen werbungstreibenden Unternehmen zu werden, die ihre Nachhaltigkeitsleistung mit hoher Breitenwirkung und Glaubwürdigkeit an den Endverbraucher kommunizieren wollen.

2 Welten Investment GmbH

Die traditionelle Aufgabe der regionalen und lokalen Tageszeitung liegt darin, lokale Informationsbedarfe zu bedienen und lokale Akteure zusammenzubringen. Diese Aufgabe besteht nach wie vor; sie wird heute verstärkt mit digitalen Möglichkeiten bedient, und die Zeitungsbranche hat auf diese Entwicklung viel zu spät und nur zögerlich reagiert.

Mit der 2Welten Investment hat die ddvg ein Unternehmen geschaffen, das an der Schnittstelle zwischen den Stärken der lokalen Zeitungsverlage (Zugang zu den lokalen Märkten) und neuen, lokal orientierten, digitalen Geschäftsideen ansetzt. Es geht hierbei vor allem darum, hochsynergetische Geschäftsmodelle umzusetzen, die an lokalen Bedarfen aufsetzen. Die ddvg bzw. 2 Welten Investment versteht sich hierbei als Akteur, der eine neue Kooperationsebene für die digitalen Geschäftszweige der Regionalverlage bietet. Das heißt auch, dass sich sowohl Unternehmen aus



Dietmar Nietan in Peking mit dem Chefredakteur von Öko Test China (www.okoer.com) Luo Changping. Foto: OKOer

dem ddvg-Portfolio als auch Regionalverlage, mit denen kein Beteiligungsverhältnis besteht, an 2Welten Investment beteiligen und/oder mit ihm kooperieren können. Maßgeblich ist vielmehr, dass die kooperierenden Verlage ihr know how und viel Engagement in den operativen Aufbau des Geschäfts einbringen – dies ist der entscheidende Erfolgsfaktor für die identifizierten Geschäftsmodelle.

Beteiligungsportfolio:

- 20,2 Prozent an Stuffle GmbH (stuffle.it) – Technologisch führende Flohmarkt-App sowie ein Kleinanzeigenportal stuffle.it – Die Cuxhavener Nachrichten haben eine Vollintegration der Kleinanzeige von der [stuffle](http://stuffle.it)-App bis zur Druckmaschine für das eigene Anzeigenblatt (Print) aufgebaut.
- 15,2 Prozent an Locafox GmbH (locafox.de) – einem Internet-Marktplatz (auch via der App Locafox), der Echtzeitverfügbarkeiten von Warenbeständen in stationären Geschäften anzeigt und an Kunden vermittelt – Die Neue Westfälische verkauft auf Basis eines Vertriebskooperationsvertrags das Produkt im Verbreitungsgebiet OWL.

Weitere digitale Beteiligungen

Darüber hinaus hält die ddvg seit nun bald sechs Jahren eine Beteiligung in Höhe von 10 Prozent an der **Tredition GmbH**, einem Selfpublishing-Anbieter. Diese Beteiligung war die erste Investition in ein gründergeführtes Startup. Das Unternehmen weist seit Jahren kontinuierliches Wachstum aus.

Die **Tivola-Publishing GmbH** (Beteiligungsquote 51,3 Prozent) ist im Markt von Apps und Mobil-Games für Kinder und Jugendliche präsent. Insbesondere der (globale) Markt für Apps eröffnet große Chancen, stellt aber auch immer wieder neue und ungeahnte Herausforderungen. Es ist Tivola gelungen, sich mit einem Umsatz deutlich über der Millionengrenze als feste Größe in diesem Teilmarkt zu behaupten.

Als weiteren wichtigen Schritt ihrer Diversifizierungs- und Digitalstrategie hat die ddvg gemeinsam mit drei chinesischen Partnerunternehmen am 15. Mai 2015 das erste unabhängige Verbraucherportal „**Okoeer.com**“ in der VR China gestartet. Das Portal baut hierbei auf die bei ÖKO-Test vorhandene Kompetenz von gezielten Produkttests: Die ÖKO-Test-Redaktion Deutschland kauft im chinesischen Handel (unerkannt) Produkte ein, bringt diese nach Deutschland und lässt sie durch die bewährte ÖKO-Test-Routine testen und bewerten. Die Testergebnisse werden ins Chinesische übersetzt und dann auf dem OKOer Portal veröffentlicht.



Jürgen Stellpflug und Luo Changping, Öko Test China. Foto: OKOer

Weichenstellungen im Kernportfolio

Die Lage der Medienunternehmen ist nach wie vor vom digitalen Wandel und von der rückläufigen demografischen Entwicklung geprägt. Das heißt, dass bei den regionalen Tageszeitungsverlagen, dem Kern-Portfolio der ddvg, Anzeigenumsätze und Auflagen weiter rückläufig sind. Es bleibt deshalb die Aufgabe der Verlage, die Kostensituation ständig zu optimieren und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Im Finanzbericht 2013 wurde die Situation in Mediensektor, insbesondere die Herausforderungen der Regionalverlage, umfangreich beschrieben. Die damaligen Feststellungen sind noch immer aktuell. Dies bedeutet aber auch, dass einige der vor zwei Jahren angestellten Prognosen sich mittlerweile realisieren. Dies gilt auch für die Frage des Umgangs mit den Personalkosten in Verlagen, Druckereien und Redaktionen. Hierzu hat der Finanzbericht 2013 folgendes ausgesagt:

Da die Personalkosten im Medienbereich den mit Abstand größten Kostenblock ausmachen, kann der beschriebene Rückgang der Umsätze nicht ohne Auswirkungen auf die Personalkosten bleiben. Bislang haben die Tarifparteien leider seit Jahren versäumt, eine tragfähige Struktur in Mantel- und Gehaltstarifverträgen für Redakteure, Ver-

lagsangestellte und Druckereikräfte zu vereinbaren. Das Ergebnis hiervon ist eine Erosion des Flächentarifvertrags und eine Flucht von Verlagen in OT-Mitgliedschaften, die Ausgründung in tariffreie (oder günstigeren Tarifen unterfallende) Unternehmen, echte Fremdvergabe von Leistungen etc. Die ddvg beobachtet diese Entwicklung mit Sorge, wird aber – wenn es nicht gelingt, eine zukunfts-feste Neujustierung des Tarifgefüges zu erreichen – dieser Entwicklung auch in den eigenen Beteiligungen nichts entgegensetzen können.

Diese damalige Einschätzung hat sich mit der Entscheidung über die Fremdvergabe des Zeitungsdrucks in Hannover durch die Mediengruppe Madsack nun bestätigt. Nach umfangreichen Analysen hat die Madsack-Geschäftsführung die Schließung der Druckerei und Fremdvergabe der Druckleistungen beschlossen. Derartige Entscheidungen strapazieren das Selbstverständnis der ddvg, für gute Arbeit und sichere Beschäftigung einzutreten. Es war im konkreten Fall letztlich eine schwierige Abwägung vorzunehmen, was letztlich in der Verantwortung für die gesamte Arbeitnehmerschaft des Gesamtkonzerns und auch für das Vermögen der Partei gegenüber der eigenen Gesellschafterin vertretbar war. Für die ddvg sind nach wie vor Antworten der Tarifpartner auf die Strukturkrise der Medien- und Druckindustrie das Gebot der Stunde. Solange es diese nicht gibt, wird die Erosion der Tarifbindung in diesen

Branchen fortschreiten. Wir werden unsere Bemühungen, beide Tarifpartner in diesem Sinne zu einem verantwortlichen Handeln zu bewegen, auch weiterhin fortsetzen.

Ein Blick zurück

Wir als Sozialdemokraten können vor dieser Situation und den damit verbundenen Entscheidungen nicht ausweichen – das gebietet die historische Erfahrung. Vor 50 Jahren nahm die bislang schwerste Krise der SPD-Medienunternehmen nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Anfang: Zwar konnten die in der Konzentration GmbH verbundenen Unternehmen 1965 noch das beste Gesamtergebnis der letzten fünf Jahre vorweisen, dieses Ergebnis war aber trügerisch, weil die meisten parteieigenen Zeitungen trotz günstiger Konjunktur schon seit mehreren Jahren nur noch geringe oder aber negative Umsatzrenditen erzielten. Der stark wachsende Anteil des Fernsehens am Werbemarkt erschwerte es, die damals sinkenden Vertriebsereinnahmen auszugleichen und damit die vergleichsweise hohen Betriebskosten der sozialdemokratischen Zeitungen zu decken. Das Hamburger Echo (später Hamburger Abendecho) beispielsweise musste 1965 bereits mehr als 4,3 Mio. DM (entspricht dem heutigen Gegenwert von rund 8,4 Mio. EUR) Verlust ausweisen. Nachdem dann 1966 die Konjunktur einbrach, mussten 1966 das Hamburger Abendecho, 1967 die SPD-eigenen Zeitungen in Saarbrücken, Karlsruhe, Heilbronn und Freiburg eingestellt werden. 1968 traf die Kieler Morgenzeitung und den Lübecker Morgen dasselbe Schicksal. Schließlich folgte mit der Einstellung des Berliner Telegraf im Jahr 1972 das Ende einer der namhaftesten Zeitungen der SPD.

Die Gründung der ddivg als Holding- Gesellschaft des SPD-Parteivorstandes im Jahr 1971 und die damit einhergehende Trennung der betriebswirtschaftlichen Führung der Beteiligungen vom politischen Geschäft war die Antwort der SPD auf diese schwerwiegende Krise. Schließlich gelang es in schmerzhaften Prozessen, den Unternehmensbereich zu stabilisieren, mehr als 250 Mio. DM Verbindlichkeiten abzutragen, gemeinsam mit „bürgerlichen“ Kooperationspartnern vor Ort die lokalen Zeitungen vor dem Zugriff großer Medienkonzerne zu bewahren und letztlich auch einen namhaften Beitrag für die Finanzierung der Partei zu leisten.

Einführung des Mindestlohns

Die ddivg hat sehr frühzeitig bei ihren Beteiligungsverlagen und auch darüber hinaus dafür geworben, sich auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns rechtzeitig vorzubereiten, wobei der Mindestlohn in der Zeitungsbranche nahezu ausschließlich im Feld der Zustellung Wirkung entfaltet. Insbesondere war es erforderlich, dass bisherige Stücklohnmodell auf die Anforderungen des Mindestlohns anzupassen. Die ddivg hat sich gemeinsam mit ihren Beteiligungsverlagen frühzeitig damit befasst, dieses komplexe Thema umzusetzen. Eine erste Zwischenbilanz kann aber erst nach Ende des Jahres 2015 gezogen werden.

In der Neuen Westfälischen, der einzigen Mehrheitsbeteiligung der ddivg an einer Regionalzeitung, wurden in drei neu gegründeten Zustellgesellschaften die Voraussetzungen geschaffen, um bereits seit dem 1. Januar 2015 – ohne Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung des Mindestlohngesetzes – einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 EUR zuzüglich Nachtzuschlägen zu zahlen.

Stabil positive Ergebnisse der ddivg

Nachdem die Zahlen des Jahres 2012 insbesondere durch die Insolvenz der „Druckhaus Frankfurt a.M. GmbH (Frankfurter Rundschau)“ geprägt war, zeigt das ddivg-Unternehmensergebnis mit 7,3 Mio. EUR (2013) bzw. 6,4 Mio. EUR (2014) ein stabil positives Bild. Das abgesenkte Niveau der Betriebsergebnisse in Höhe von 5,2 Mio. EUR (2013) bzw. 9,4 Mio. EUR erklärt sich unter anderem daraus, dass wegen erheblicher Restrukturierungsaufwendungen der Verlagsgesellschaft Madsack von dort keine Gewinnausschüttungen vereinnahmt werden konnten. Im Übrigen hat die Niedrigzinssituation zu erheblichen Mehraufwendungen für die Pensionsrückstellungen einiger Unternehmen geführt und dadurch deren Unternehmensergebnisse geschmälert.

Der Cashflow in Höhe von 16,8 Mio. EUR unterstreicht die stabil positive Verfassung der ddivg. Der leicht negative Cashflow (-0,4 Mio. EUR) des Jahres 2013 ist Sondereffekten, insbesondere der Bewältigung der Insolvenz der FR geschuldet.



Dietmar Nietan diskutiert im Oktober 2015 am vorwärts-Stand auf der Frankfurter Buchmesse mit dem Schriftsteller Ilija Trojanow über „Macht und Widerstand“, Moderation Katharina Gerlach. Foto: privat

Der Schwerpunkt des Portfolios der ddvg war auch im Berichtszeitraum das regionale Zeitungssegment. Die Beteiligungsergebnisse aus den Medienbeteiligungen beliefen sich auf 9,0 Mio. EUR (2013) bzw. 13,5 Mio. EUR (2014).

Weitere Geschäftsbereiche

Das Druckereigeschäft ist auch in den vergangenen zwei Jahren sehr unbefriedigend geblieben. Trotz umfangreicher Maßnahmen, um als tarifgebunden arbeitendes Unternehmen im Wettbewerb Stand halten zu können, musste der Druckbetrieb in Braunschweig Anfang 2015 geschlossen werden.

Das Tourismusgeschäft zeigt Licht und Schatten. Angesichts unbefriedigender Buchungszahlen musste die Kooperation mit dem Reeder der MS Azores im Herbst 2014 eingestellt werden – trotzdem konnte auch das Kreuzfahrtgeschäft mit einem positiven Teilergebnis abgeschlossen werden. Der SPD-Reiseservice konzentriert sich nun wieder allein auf sein Kerngeschäft mit weiter wachsendem Zuprsuch aus Mitgliedschaft und Umfeld der Partei.

5. FINANZEN DER GESAMTPARTEI FÜR DAS JAHR 2013 IM VERGLEICH

Im Jahr 2013 hat die SPD insgesamt 164,6 Mio. EUR eingenommen. Im gleichen Zeitraum verzeichneten CDU und CSU Einnahmen in Höhe von 198,7 Mio. EUR.

Für die SPD bleiben die Zahlungen der Mitglieder die wichtigste Einnahmequelle. Der Anteil durch Beitragszahlungen belief sich auf 30,1 Prozent. Rechnet man die Anteile der Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge zusammen, finanziert sich die SPD zu 44,5 Prozent, die CDU zu 37,2 und die CSU zu 27,7 Prozent aus Beiträgen. Der größte Posten bei den Unionsparteien sind die staatlichen Mittel mit einem Anteil von 30,2 Prozent.

Spenden hatten insgesamt einen Anteil von 9,1 Prozent an den Gesamteinnahmen. 80,6 Prozent der Spenden an die SPD stammten von natürlichen Personen. 20,4 Prozent der CDU-Einnahmen waren Spenden, die CSU finanzierte sich sogar zu 30,7 Prozent dadurch. Der Anteil von juristischen Personen, also Spenden aus der Wirtschaft, belief sich bei den Unionsparteien auf 37,0 Prozent.

In absoluten Zahlen haben CDU und CSU zusammen 45,4 Mio. EUR an Spenden erhalten, die SPD hat im Jahr 2013 14,9 Mio. EUR Spenden erhalten. Damit die SPD ihre Unabhängigkeit behalten kann, aber trotzdem weiterhin eine starke Organisation haben und kampagnenfähig bleiben kann, muss der relativ geringe Spendenanteil aus anderen Quellen ergänzt werden. Die SPD konnte auch im Jahr 2013 vom Unternehmensbereich und dem in der mehr als 150jährigen Geschichte der Partei aufgebauten Vermögen profitieren. Die Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen sowie aus sonstigem Vermögen betragen 12,3 Mio. EUR.

Die SPD hatte im Bundestagswahljahr 2013 Ausgaben in Höhe von insgesamt 186,2 Mio. EUR. CDU und CSU hatten Ausgaben von zusammen 205,4 Mio. EUR im Jahr 2013. Für Wahlkämpfe hat die SPD 47,4 Mio. EUR oder 25,5 Prozent der Ausgaben aufgewendet, während CDU/CSU 67,5 Mio. EUR (32,8 Prozent der Ausgaben) dafür ausgeben konnten.

Für Personal und den laufenden Geschäftsbetrieb hat die SPD 43,5 Prozent aufgewendet.

Das Reinvermögen hat am Ende des Jahres 185,4 Mio. EUR bei der SPD betragen, die Unionsparteien hatten zusammen ein Reinvermögen von 207,8 Mio. EUR.

Es werden die Daten aus den Rechenschaftsberichten des Jahres 2013 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2014 noch nicht veröffentlicht sind.

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2013

	SPD		CDU		CSU	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Einnahmen						
Mitgliedsbeiträge	49.562.123	30,12	38.747.453	25,64	10.015.458	21,03
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	23.619.757	14,35	17.529.111	11,60	3.175.954	6,67
Spenden von nat. Pers.	12.055.353	7,33	20.060.527	13,28	8.559.186	17,97
Spenden von jur. Pers.	2.905.122	1,77	10.744.681	7,11	6.079.575	12,77
Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen	3.213.104	1,95	0	0,00	0	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	9.090.751	5,52	2.803.974	1,86	251.747	0,53
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	15.255.422	9,27	11.687.842	7,74	7.326.644	15,39
Staatliche Mittel	47.898.406	29,11	48.051.765	31,80	12.008.720	25,22
Sonstige Einnahmen	958.030	0,58	1.476.198	0,98	201.078	0,42
Gesamt	164.558.068	100,00	151.101.551	100,00	47.618.362	100,00
Ausgaben						
Personalausgaben	51.861.612	27,86	43.793.063	28,92	11.299.694	20,92
Lauf. Geschäftsbetrieb	29.082.333	15,62	27.782.224	18,35	7.755.214	14,36
Allg. politische Arbeit	43.360.650	23,29	28.201.359	18,63	14.352.781	26,57
Wahlkämpfe	47.429.522	25,48	47.215.141	31,18	20.249.005	37,48
Vermögensverwaltg. einschl. sich hieraus ergebend. Zinsen	14.072.321	7,56	2.192.893	1,45	0	0,00
sonstige Zinsen	246.202	0,13	347.953	0,23	218.442	0,40
sonstige Ausgaben	102.156	0,05	1.872.888	1,24	144.899	0,27
Gesamt	186.154.796	100,00	151.405.521	100,00	54.020.035	100,00
Überschuss/Defizit	-21.596.728		-303.970		-6.401.673	
Reinvermögen	185.388.041		135.062.211		31.889.068	

CDU/CSU		Grüne		FDP		Die Linke	
EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
48.762.911	24,54	8.724.659	21,73	6.564.877	19,70	9.153.995	33,19
20.705.065	10,42	8.988.905	22,39	2.797.227	8,39	3.578.523	12,97
28.619.713	14,40	4.283.060	10,67	7.202.931	21,61	2.485.393	9,01
16.824.256	8,47	697.128	1,74	3.698.959	11,10	85.413	0,31
0	0,00	1.477	0,00	147.933	0,44	0	0,00
3.055.721	1,54	149.890	0,37	459.625	1,38	167.423	0,61
19.014.486	9,57	843.988	2,10	1.807.529	5,42	244.344	0,89
60.060.485	30,22	15.056.823	37,50	10.507.574	31,53	11.142.416	40,40
1.677.276	0,84	1.409.040	3,51	139.970	0,42	724.741	2,63
198.719.913	100,00	40.154.970	100,00	33.326.625	100,00	27.582.248	100,00
55.092.757	26,82	14.260.437	32,89	6.164.535	16,29	11.101.047	35,48
35.537.438	17,30	6.640.333	15,31	8.815.121	23,29	5.041.600	16,12
42.554.140	20,72	7.832.003	18,06	8.110.774	21,43	6.204.720	19,83
67.464.146	32,84	14.194.405	32,73	13.401.458	35,40	8.888.522	28,41
2.192.893	1,07	317.317	0,73	92.209	0,24	3.532	0,01
566.395	0,28	3.407	0,01	1.116.057	2,95	4.642	0,01
2.017.787	0,98	114.793	0,26	151.915	0,40	40.700	0,13
205.425.556	100,00	43.362.695	100,00	37.852.069	100,00	31.284.763	100,00
-6.705.643		-3.207.725		-4.525.444		-3.702.515	
207.800.964		34.771.885		6.271.535		25.780.431	

Parteitag Berlin, 10. bis 12. Dezember 2015

Parteitag Berlin, 10. bis 12. Dezember 2015